

## 7 China und die Korea-Gespräche

Die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, die seit dem Koreakrieg von 1950 fast permanent auf Hochspannung waren, sind, wenn dies überhaupt noch möglich ist, durch Ereignisse vom Sommer 1999 ein weiteres Mal verschärft worden:

- Mitte Juni kam es im Gelben Meer zu Zusammenstößen zwischen Kriegsschiffen beider Länder, die mit der Versenkung eines nordkoreanischen Torpedoboots vorerst beendet wurden.
- Überdies brachte der Norden am 20. Juni eine südkoreanische Touristin hinter Schloß und Riegel, die an einer vom südkoreanischen Hyundai-Konzern organisierten Reise teilnahm und die von den nordkoreanischen Behörden beschuldigt wurde, sie habe einen örtlichen Reiseleiter zur Flucht in den Süden überreden wollen.
- Drittens aber ließ die nordkoreanische Seite die ursprünglich für den 21. Juni geplanten Gespräche scheitern, da eine von Südkorea zugesagte Lieferung von 22.000 t Kunstdünger bis dahin verabredungswidrig noch nicht in Nordkorea eingetroffen war: Es handelte sich hierbei um die erste Rate einer Gesamtlieferung von 200.000 t Kunstdünger, mit deren Zusage sich Südkorea die Bereitschaft der Nordkoreaner zu Wiedervereinigungsgesprächen erkaufen wollte (XNA, 4. und 6.6.99).

Nachdem das Schiff schließlich doch eingetroffen war, wurden die Gespräche am 22. Juni im Beijinger Kempinski-Hotel nachgeholt.

Im Anschluß an das Treffen teilte der südkoreanische Teilnehmer mit, daß vor allem die Themen „Konflikt im Gelben Meer“ und „Familienzusammenführungen“ behandelt worden seien. Mit Familienzusammenführung ist die Wiedervereinigung von Familien gemeint, die durch den Koreakrieg vor nunmehr 49 Jahren auseinandergerissen worden sind.

Die nordkoreanische Delegation war bereits am 3. Juni in Beijing eingetroffen, und zwar unter Führung des Prä-

sidenten der obersten Vollversammlung, Kim Yong Nam.

Es handelte sich hier um den höchsten Besuch aus Nordkorea, seit der verstorbene Parteiführer Kim Il Sung im Oktober 1991 nach Beijing gekommen war – zehn Monate, bevor die VRCh diplomatische Beziehungen mit Südkorea aufnahm und damit, wie Pyonyang meinte, eine bewährte Freundschaftsbeziehung mutwillig zerbrach.

Die bis dahin so „unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen Beijing und Pyonyang war 1992 in die Brüche gegangen, als die VR China mit Südkorea diplomatische Beziehungen aufnahm. In den nachfolgenden Jahren kam es zu immer stärkeren Spannungen zwischen beiden Nachbarn, die sogar militärische Aufmärsche zur Folge hatten. In der Zwischenzeit freilich hat China mehrmals den „Gang nach Canossa“ angetreten und sich den Nordkoreanern dadurch wieder anzunähern versucht, daß es Versprechungen beträchtlichen materiellen Umfangs machte, auf die Nordkorea in seiner wirtschaftlich katastrophalen Situation, vor allem seit Beginn der Hungerkrise im Jahre 1995, dringend angewiesen ist. Angeblich hat mittlerweile Nordkoreas Führer, Kim Jong Il, sogar eine Einladung zum Besuch der VR China angenommen.

Auch beim Besuch Kim Yong Nams ergriffen die chinesischen Spitzenpolitiker jede Gelegenheit, um sich mit dem hohen Gast in Verbindung zu setzen und um von dem einst so freundschaftlichen Verhältnis zu retten, was noch zu retten ist (XNA, 4. und 5.6.99).

Unter anderem versprach die VR China den Nordkoreanern am 4. Juni, für das laufende Jahr 1999 150.000 t Getreide und 400.000 t Koks bereitzustellen.

Beim Besuch Kims wurde erneut deutlich, wie schwer sich die chinesische Führung mit den Nordkoreanern tut. Auf der einen Seite haben sie ihnen gegenüber ein schlechtes Gewissen, auf der anderen Seite aber gilt es auch, da und dort ein ernstes Wort mit ihnen zu reden:

So gibt es beispielsweise zahlreiche Hungerflüchtlinge, die aus Nordkorea ins vergleichbar „wohlhabende“ China hinüberfliehen. Die Zahlen wuch-

sen vor allem seit Beginn des Jahres 1999 so stark an, daß China sich gezwungen sah, bewaffnete Streitkräfte entlang der Grenze zu postieren. In der Tat mußte ein Sprecher des Außenministeriums bei der Pressekonferenz am 4. Februar 1999 einräumen, daß „Bürger aus den Grenzgebieten der Demokratischen Volksrepublik Korea aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren illegal nach China eingewandert sind. Wenn es zu derartigen Situationen kommt, hat China stets angemessene Methoden ergriffen, um damit umzugehen. Aber strenggenommen können derartige Personen nicht als Flüchtlinge bezeichnet werden.“ (So BRu 1999, Nr.8, S.9.)

Ferner gilt es, bei Zusammenkünften mit nordkoreanischen Politikern immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Konflikt zwischen Nord und Süd im Interesse des Friedens und der Stabilität auf der Koreanischen Halbinsel mit politischen Mitteln gelöst werden müsse (XNA, 16.6.99).

Die Gespräche zwischen den beiden koreanischen Delegationen vom 22. Juni sollten lediglich den Auftakt für die Fortsetzung der Vier-Parteien-Gespräche zwischen der VR China, den USA sowie Nord- und Südkorea bilden. Die Vierergespräche finden erneut in Genf statt und markieren diesmal die sechste Runde seit 1997. Zweck der Vierergespräche ist es, eine solide Basis für die endgültige Lösung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel zu finden (XNA, 20.6.99).

Während Kim sich in China aufhielt, besuchte gleichzeitig der frühere Verteidigungsminister William Perry die Volksrepublik Korea. Es war dies der höchste amerikanische Besuch in Pyonyang seit dem Koreakrieg von 1950-53. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 8 Jiang Zemin fordert politische Disziplin und lehnt umfassende Privatisierung ab

Partei- und Staatschef Jiang Zemin hat auf einem Forum zum 78. Jah-



restag der KP-Gründung scharfe Kritik an Parteifunktionären und Parteimitgliedern geübt, die ihre politische Orientierung verloren hätten und deshalb nur noch „persönliche Interessen“ verfolgten oder sich „feudalistischem Aberglauben“ hingäben und am Endsieg des Kommunismus über den Kapitalismus zweifelten: Parteimitglieder müßten weiterhin am Sozialismus und Kommunismus als politischer Grundüberzeugung festhalten. Zu diesem Zwecke sei eine umfassende Ausrichtungsbewegung innerhalb der Partei notwendig, die der Schulung in ideologischen Grundsatzfragen dienen soll: „Andernfalls wird unsere ideologische Front durch nicht-proletarische Ideologien besetzt werden.“ (XNA, 30.6.1999; zur Ausrichtungsbewegung siehe schon RMRB, 17.6.1999)

Mit deutlichen Worten wies Jiang die im westlichen Ausland und unter einem Teil der chinesischen Funktionärsschicht verbreitete Annahme zurück, daß die VR China ein Programm zur Privatisierung der Staatswirtschaft verfolge. Von einem Privatisierungsprogramm könne keine Rede sein. Und die Fehler, die in der Restrukturierung des Staatssektors bisher gemacht worden seien - insbesondere der wahllose Verkauf von kleineren und mittleren Staatsunternehmen durch lokale Verwaltungen an private Investoren sowie der manipulative Abfluß staatlicher Vermögenswerte in die Hände korrupter Funktionäre und Unternehmensdirektoren - müßten nun konsequent abgestellt werden.

Die harten Worte Jiangs sind Ausdruck der Sorge um einen fortschreitenden politischen und ideologischen Kontrollverlust der Parteizentrale gegenüber eigenmächtig handelnden und korrupten Funktionären in Staatsverwaltung und Staatsunternehmen. Insbesondere der ungebremste Trend zur „informellen Privatisierung“ staatlicher Vermögenswerte an offiziellen Bestimmungen und Kontrollen vorbei soll durch eine ideologische und organisatorische „Ausrichtung“ aufgehalten werden. Solche maoistischen Instrumente zur politischen Disziplinierung haben jedoch im Laufe der Reformpolitik ihre Wirksamkeit erfahrungsgemäß weitgehend verloren. -hei-

## 9 Gedenkveranstaltungen zum 4. Juni von Sicherheitsorganen verhindert - Dissidenten zu Haftstrafen verurteilt

Aufgrund eines massiven Sicherheitsaufgebots und präventiver Maßnahmen gegen aktive Dissidenten ist der zehnte Jahrestag des 4. Juni 1989 in der VR China ohne größere inoffizielle Gedenkkundgebungen verlaufen. Im Vorfeld des Jahrestages hatten die Sicherheitsorgane bereits Schritte eingeleitet, um die Verbreitung unabhängiger Nachrichten zu unterbinden. Einige populäre Internet-Dienstleister mußten ihre politischen Nachrichten- und Kommunikationsseiten vorsorglich schließen.

Nur in Hangzhou kamen 50 Menschen zusammen, um mit weißen Trauerbändern in einem öffentlichen Park der Opfer des Militäreinsatzes gegen die Zivilbevölkerung zu gedenken. Polizeikräfte lösten diese Mahnwache auf und nahmen mehrere Teilnehmer fest. In den Wochen vor dem Jahrestag waren insgesamt bis zu einhundert Aktivisten der innerchinesischen Opposition von der Polizei einbestellt, verwarnt und meist nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt worden. (NYT und SCMP, 1.-4.6.1999)

Unmittelbar vor und nach dem Jahrestag wurden politische Aktivisten, die in den vergangenen Jahren durch Kritik an politischen Mißständen in China hervorgetreten waren, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt: Fang Jue, ein 44jähriger ehemaliger Parteifunktionär, der im letzten Jahr eine politische Reformschrift ins Ausland weitergegeben hatte, wurde wegen „illegaler geschäftlicher Tätigkeiten“ zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt. Yu Feng, ein 37jähriger Fabrikarbeiter, der sich an Gründungsaktivitäten zur verbotenen Demokratischen Partei Chinas in der Provinz Hebei beteiligt hatte, wurde offiziell wegen Umsturzversuchs angeklagt. Im Mai waren bereits Li Zhiyou (Provinz Guangxi), Liu Lixian (Beijing) und Zhang Youju (Hebei) wegen politischer Aktivitäten im Zusammenhang mit der Demokratischen Partei Chinas zu drei- bis vierjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. (NYT, 11.6.1999) -hei-

## 10 Die Kommunistische Partei wächst weiter: 61 Millionen Mitglieder

Nach Angaben der ZK-Organisationsabteilung (XNA, 28.6.1999) hatte die Kommunistische Partei Chinas auch im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen: Ende 1998 umfaßte die Staatspartei mit ihren 61 Millionen Mitgliedern rund 5% der chinesischen Bevölkerung. 3,5 Millionen Basisorganisationen der Partei (Parteizellen, Basiskomitees) sollen in Staatsorganen, Betrieben und sonstigen Organisationen bestanden haben.

### Mitgliederprofil der KPCh

Gesamtzahl der Mitglieder	61 Mio. [100%]
weiblich	10,29 Mio. [16,9%]
ethnischen Minderheiten zugehörig	3,79 Mio. [6,2%]
jünger als 35 Jahre	14,28 Mio. [23,4%]
jünger als 25 Jahre	2,86 Mio. [4,7%]
mit Oberschul-Abschluß	29,19 Mio. [47,9%]
mit Hochschul-Abschluß	11,02 Mio. [18,1%]
Arbeiter und Bauern	30,17 Mio. [49,5%]
Fachpersonal (Industrie- u. Dienstleistungssektor)	7,88 Mio. [12,9%]
Im Management von Unternehmen Tätige	6,38 Mio. [10,5%]
Funktionäre in Regierung und Partei	5,57 Mio. [9,1%]

Stand: Ende 1998.

Quelle: Organisationsabteilung des KP-Zentralkomitees, zit. nach XNA, 28.6.1999.

Die anhaltend starken Mitgliederzuwächse in den neunziger Jahren sind ein Beleg dafür, daß die Staatspartei weiterhin als wichtiges Vehikel für den Aufstieg in Beruf, Verwaltung und Wirtschaft angesehen wird. Auch wenn eine Parteimitgliedschaft von vielen Chinesen in erster Linie aus Opportunitätsgesichtspunkten angestrebt wird, so besitzt die Partei doch immer noch eine Schlüsselfunk-



tion bei der Verteilung von Karriere-chancen in der gegenwärtigen Übergangsordnung. -hei-

### 11 Singapur-Suzhou-Industriepark gescheitert - Unvereinbare Management-Kulturen

Der von den Regierungen Chinas und Singapurs 1994 aus der Taufe gehobene Suzhou-Industriepark (Suzhou gongyeyuanqu) unmittelbar vor den Stadtgrenzen Shanghais, der auf einer Fläche von 70 qkm zu einem „Kleinen Singapur“ mit 600.000 Einwohnern aufgebaut werden sollte, ist an unüberbrückbaren Differenzen im Hinblick auf Umsetzungsmethoden, Projektziele und Leitungsstrukturen gescheitert.

Seit Dezember 1997 hatte Lee Kuan Yew, der ehemalige Ministerpräsident und heutige „Senior Minister“ Singapurs, auf die Gefahr eines Scheiterns des Suzhou-Projekts hingewiesen. Lee kritisierte insbesondere die Errichtung eines konkurrierenden Industrieparks im Stadtgebiet Suzhous, der einen beträchtlichen Teil an Investitionsmitteln sowie politisch-administrativer Energie von dem Singapur-Suzhou-Projekt abziehe. Jiang Zemin persönlich versicherte damals, daß die Zentralregierung das Projekt weiterhin unterstütze, da es sich um das „Kernstück der Beziehungen“ zwischen der VR China und Singapur handele (siehe C.a., 1997/12, S. 1188-1189).

Von Ende Juni 1999 an wird nun die singapurische Seite ihre Kontrollmehrheit an dem Projekt (bisher 65%) abgeben und ihren Anteil bis Januar 2001 schrittweise auf 35% reduzieren. Nur 8 qkm der Industriezone sind überhaupt erschlossen und genutzt worden. In einer ausführlichen Analyse des Suzhou-Projekts kam die *South China Morning Post* (30.6.1999) zu dem Schluß, daß Übereinkünfte über wirtschaftliche Zusammenarbeit, die nur zwischen den Zentralregierungen ohne die feste Unterstützung regionaler Verwaltungen geschlossen werden (das Suzhou-Projekt war an der Provinzregierung Jiangsus vorbei initiiert worden), sich in der praktischen Durchführung von Kooperationsprojekten als nicht tragfähig erweisen.

„Ethnische Chinesen“ wie die Kooperationspartner aus Singapur genie-

ßen offensichtlich im Wirtschaftsumfeld der VR China keine selbstverständlichen Vorteile. Der Bürgermeister Suzhous, Chen Deming (der Ende 1997 aus dem Provinzparteikomitee Jiangus, das dem Projekt von Anfang an skeptisch gegenüberstand, nach Suzhou entsandt worden war), machte deutlich, daß es „kulturelle Differenzen“ und ein „unterschiedliches Verständnis“ in der Projektumsetzung gegeben habe. Ein ausländischer Investor sprach gar von einem „clash of two business cultures“: einerseits singapurische Transparenz, Effizienz, Prinzipienfestigkeit bis zur Starrheit - andererseits chinesische Intransparenz, Improvisation und Flexibilität bis hin zur Korruption.

Jedenfalls bietet das gescheiterte Suzhou-Projekt eine weitere markante Fallstudie dafür, daß gemeinsame ethnisch-kulturelle Wurzeln und „asiatische Werte“ keine Gewähr für den Erfolg unternehmerischen Engagements in der VR China bieten. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 12 Dritte nationale Bildungskonferenz

Vom 15. bis 18. Juni 1999 fand in Beijing die dritte nationale Bildungskonferenz seit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode statt. Sie war wie ihre beiden Vorläuferinnen der Jahre 1985 und 1994 vom ZK der KPCh und vom Staatsrat einberufen worden. Auf der ersten Konferenz im Mai 1985 war die Anfang der achtziger Jahre eingeleitete Bildungsreform durch den „ZK-Beschluß über die Reform des Bildungswesens“ verfestigt worden (vgl. C.a., 1985/5, Ü 16 u. 17). Die zweite Konferenz im Juni 1994 sollte die Partei und die ganze Gesellschaft für die Umsetzung des „Programms zur Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens“ vom Frühjahr 1993 mobilisieren, insbesondere für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums (vgl. C.a., 1994/6, Ü 13). Ziel der dritten Konferenz war es, die Bildungsreform voranzutrei-

ben, um das chinesische Bildungswesen auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Auf dieser jüngsten Konferenz stand wiederum ein Dokument im Mittelpunkt, und zwar der „Beschluß des ZK und des Staatsrates über die Vertiefung der Bildungsreform und die umfassende Förderung qualitativer Bildung“, der am 13. Juni 1999, also zwei Tage vor Beginn der Bildungskonferenz, verabschiedet worden war und am 17. Juni veröffentlicht wurde (RMRB, GMRB, 17.6.99). Es ging hauptsächlich darum, wie dieser jüngste Beschluß zu verwirklichen ist.

Die wichtigsten auf der Konferenz erörterten Themen wurden von Partei- und Staatschef Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji umrissen. Ersterer sprach am Eröffnungstag, letzterer auf der Schlußveranstaltung (vgl. RMRB, GMRB, 16. u. 21. 6.99). Beide wiesen auf die prioritäre Bedeutung des Erziehungswesens hin; das Schicksal des Staates hänge vom Bildungswesen ab. Es gelte, die Strategie zu verwirklichen, daß „Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung bringen“; die Betonung habe auf Qualitätsbildung zu liegen, und es sei wichtig, die Qualität des gesamten Volkes anzuheben sowie hochqualifizierte, kreative Fachleute heranzubilden, die im weltweiten wissenschaftlich-technischen Wettbewerb mithalten könnten. Alle Pädagogen, alle Kader und das gesamte Volk hätten das Erziehungswesen zu unterstützen. Zwar seien seit Beginn der Reformperiode vor zwanzig Jahren große Fortschritte erzielt worden, aber man müsse auch sehen, daß die Qualität der Arbeitskräfte und die Innovationsfähigkeit von Wissenschaft und Technik immer noch ziemlich niedrig seien, und dies behindere die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Neben der Qualitätsbildung wurden als konkrete Probleme der Ausbau des Schulwesens, die Notwendigkeit verstärkter Investitionen, namentlich die Unterstützung des Schulwesens in Armutsgebieten, sowie die Lehrerbildung angesprochen. Beim Ausbau des Schulwesens standen die landesweite Einführung der neunjährigen Schulpflicht und vor allem der Ausbau der beruflichen Bildung im Vordergrund.